

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 49 (1955)
Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Präventivkrieg gegen China? ; Westliche Demokratie...
; Deutschland-Österreich-Russland ; Russlands grösstes Problem ; Ein
nüchternes Urteil ; Gefangenenlos ; Kommunistisches Regime ;
Sozialismus? ; Zusammenhänge

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139996>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir leben in einer Zeit gewaltiger Gerichte. Die Welt kommt in die Wehen einer Endzeit. Cäsar oder Christus, ist der Ruf an die Völker. Versäumt der Westen die dringend notwendige Gewissensforschung, so gehen wir einem Zeitalter neuer Tyrannei entgegen. Denn wer vermöchte guten Gewissens zu behaupten, alles Recht liege in der westlichen Waagschale? Der Westen ist der Stärkere, darum wird von ihm mehr gefordert. Noch behauptet er, die christlichen Traditionen hochzuhalten. Das ist eine Verpflichtung. Hält er sie aber nicht mehr ein, so ist der Untergang des abendländischen Christentums sicher. Denn, sollte er die Finsternis mehr lieben als das Licht, das ihm geschenkt wurde, so würde er in diesem Gericht umkommen.

Es ist höchste Zeit, daß die besten Kräfte des Westens sich regen!

O. Abegg

WELTRUNDSCHAU

Präventivkrieg gegen China! Gerade jetzt vor einem Jahr kam die Welt knapp an einem neuen allgemeinen Krieg vorbei. Hätte nicht England Einspruch erhoben, so hätte das amerikanische Oberkommando im Fernen Osten, mit Zustimmung der Regierungen von Washington und Paris, freie Hand für den Einsatz von Atomwaffen im Endkampf um Dien-Bienphu, die indochinesische Dschungelfestung, bekommen, und aus dem «lokalen» Krieg gegen die vietnamesischen Kommunisten wäre mit großer Wahrscheinlichkeit ein Krieg zunächst gegen «Rotchina» und weiterhin gegen die Sowjetunion, das heißt also ein dritter Weltkrieg, geworden. Die Völker haben damals nicht gewußt, in welcher Gefahr sie schwebten. Jetzt, in der *Formosakrise*, wissen sie wenigstens, daß die amerikanische Aktivistenpartei neuerdings auf einen raschen Krieg mit China hinarbeitet, um doch noch zu verhindern, daß China in ein paar Jahren stark genug sei, um jeden Versuch, den Kommunismus in Asien gewaltsam zu zerschlagen, endgültig aussichtslos zu machen.

Politische und militärische Erwägungen verbinden sich bei diesen Plänen. Es handelt sich nicht unmittelbar um die «Verteidigung» Formosas gegen einen Versuch der Chinesischen Volksrepublik, diese unzweifelhaft zu China gehörige Insel dem Festland anzugliedern und so die Drohung zu beseitigen, die das Regime Tschiang Kai-shek, gestützt von Amerika, für den Bestand des neuen China bildet. Ein solcher Versuch dürfte auf absehbare Zeit aus naheliegenden Gründen nicht in Frage kommen. Es geht vielmehr darum, ob die Formosaregie-

rung die unmittelbar vor der chinesischen Küste liegenden kleinen Inseln, deren wichtigste *Matsu* und *Quemoy* sind, preisgeben oder festhalten soll und ob die Vereinigten Staaten gegen einen allfälligen chinesischen Angriff auf diese Inseln die Formosaregierung militärisch unterstützen sollen, auch wenn sich daraus durch sowjetische Hilfeleistung an China ein neuer Weltkrieg entwickeln würde. Die amerikanische Regierung läßt bisher absichtlich Unklarheit über ihre Pläne bestehen, um nicht Tschiang Kai-schek zu entmutigen und um die mächtigen Fürsprecher eines Krieges mit China in den Vereinigten Staaten selbst – mit den Chefs der Flotte und der Luftmacht sowie der Politikergruppe um Senator Knowland herum an der Spitze – nicht vor den Kopf zu stoßen. Aber es spricht alles dafür, daß sie in den letzten Wochen mehr und mehr den Aktivisten und Draufgängern nahegerückt ist. Wenn Amerika jetzt Tschiang Kai-schek fallen lasse – so wird an hoher und höchster Stelle argumentiert –, dann sacke das Formosaregime moralisch zusammen und mit ihm erleide das Ansehen Amerikas in ganz Ostasien und darüber hinaus einen derartigen Schlag, daß sein so mühsam und opfervoll aufgebautes Imperium im Pazifikraum aufs schwerste erschüttert, wenn nicht überhaupt unhaltbar werde. Lieber also jetzt die Matsu-Quemoy-Frage zum Anlaß einer entscheidenden Kraftprobe machen und die letzte Gelegenheit ergreifen, um die «freie Welt» in Asien zu retten, als kampflos vor den Roten kapitulieren und Asien, ja die Welt, dem Kommunismus ausliefern! Dies um so mehr, als in drei, vier Jahren China mit russischer Hilfe unangreifbar sein werde, während es jetzt mit ein paar entschlossenen Atombombenschlägen verhältnismäßig billig erledigt werden könne*.

Wenn diese Überlegungen durchdringen und wenn die Chinesen, wie die amerikanischen Aktivisten behaupten, tatsächlich die Küsteninseln angreifen sollten, dann könnte man allerdings die Lage als nicht ernst genug ansehen. Dann würde zunächst mindestens Tschiang Kai-schek, wenn nicht die amerikanische Luftwaffe, massive Angriffe gegen das chinesische Festland richten, was die Chinesen dazu reizen müßte, Vergeltungsschläge gegen Formosa zu führen – und das hieße, daß für Amerika der Bündnisfall gegeben wäre, also die ganze Wehrmacht der Vereinigten Staaten eingesetzt würde, um China auf die

* Generalleutnant Donald L. Putt, der im Forschungsdepartement der amerikanischen Luftwaffe tätig ist, sagte leztthin, die Russen holten den Vorsprung, den die Vereinigten Staaten kriegstechnisch noch hätten, in beschleunigtem Tempo ein. «Ich glaube, daß die Russen in den nächsten fünf oder sechs Jahren vollkommen fähig sind, uns mit einer technischen Überraschung aufzuwarten – mit einer neuen militärischen Waffe auf irgendeinem besonderen Gebiet, dem sie ihre Hilfsquellen, ihre wissenschaftlichen Fähigkeiten und ihre Anstrengungen zu widmen belieben. . . Was uns am meisten Sorge macht, das ist die Möglichkeit einer technischen Überraschung mit einer neuen Waffe.» Ein Antrieb mehr für die amerikanische Militärführung, auf rasche Abrechnung mit den Sowjets zu drängen!

Knie zu zwingen, mit allen Gefahren, die daraus für die Ausweitung des Krieges erwachsen müßten. Wird es aber wirklich dazu kommen? Wir hoffen noch immer, daß man in Peking den ganz unnötigen Angriff auf Matsu und Quemoy unterlassen und daß die Sowjetdiplomatie alles aufbieten werde, um den östlichen Verbündeten von solch einem unheilbringenden Schritt abzuhalten. Und man muß namentlich hoffen, daß selbst im Fall eines chinesischen Vorstoßes gegen die Küsteninseln Amerika seinen Freund Tschiang eben doch sich selber überlassen werde. Was könnte es auch durch einen Krieg mit China gewinnen? Wenig genug, auch im besten Fall; aber es könnte sehr viel verlieren: die innere nationale Einheit, die Solidarität seiner europäischen Bundesgenossen, die keine Lust haben, «für Matsu und Quemoy zu sterben», den Rest von Sympathien, die es noch in Asien genießt, und wahrscheinlich die Aussicht, im Fernen Osten überhaupt noch eine politische Rolle spielen zu können. Selbst wenn ein amerikanisch-chinesischer Krieg *nicht* die Sowjetunion auf den Plan rufen und damit die gefürchtete Gesamtkatastrophe auslösen würde, wäre das Ende sicher nicht die Zerschlagung des Kommunismus in Asien, sondern seine hemmungslose weitere Ausdehnung im Gefolge der unabsehbaren Erschütterungen aller bestehenden Ordnungen, die sich aus einem solchen Zusammenstoß ergeben müßten. Der Gedanke einer «Rettung der freien Welt» durch einen präventiven Gewaltschlag gegen China erscheint so wirklich als Ausgeburt kranker Gehirne, ja als verbrecherisches Spiel mit dem Leben ungezählter Millionen von Menschen, die von einer Handvoll Unverantwortlicher im Namen von Freiheit und Menschlichkeit einem grauenhaften Tod ausgeliefert würden.

Westliche Demokratie . . . Man ersieht aber aus dieser ganzen Lage wieder einmal mit unüberbietbarer Deutlichkeit, was es mit dem Anspruch der Vereinigten Staaten auf sich hat, Vormacht der Weltdemokratie im Kampf gegen Diktatur und Völkerknechtung zu sein. Wenn – wie das tatsächlich der Fall ist – der Präsident der Nordamerikanischen Union, gestützt auf den Rat der obersten Wehrmachtsführer und einiger Parteichefs, ohne auch nur das Bundesparlament zu befragen (das ihm dafür bereits Blankovollmacht erteilt hat), einen Krieg mit China (und vielleicht mit Rußland) auslösen kann, der nach allen Berichten von der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes abgelehnt wird – was bleibt da noch von jener «Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk» übrig, die Abraham Lincoln vor 90 Jahren, in seiner berühmten Gedenkrede auf dem Schlachtfeld von Gettysburg, als das vorbildliche politische System der Vereinigten Staaten gepriesen hat? Gewissenhafte Männer und Frauen haben schon im vergangenen Januar, als

die Formosaresolution des Bundeskongresses zur Beratung stand, vor ihren möglichen Folgen gewarnt. «Ich bin vollendet überzeugt», sagte beispielsweise Senator Morse am 27. Januar, «daß das Volk unseres Landes, wenn es eine Woche Zeit hätte, um die Tragweite und die unvermeidlichen Wirkungen dieser Resolution (zugunsten der Kriegsvollmachten des Präsidenten. H. K.) zu überdenken, sie in ihrer gegenwärtigen Form mit überwältigender Mehrheit ablehnen würde». Tom Wardle, der englische Pazifist, der zurzeit auf einer Vortragsreise in den Vereinigten Staaten begriffen ist, hat mehr als recht, wenn er in einem Brief an die Londoner «Peace News» (25. März) schreibt:

«Die Amerikaner sind tatsächlich noch stärker außer lebendiger Fühlung mit der Politik, die sie der Annahme nach geschaffen haben, als wahrscheinlich heute irgendein anderes Volk in der atlantischen Welt. Das Volk existiert nicht mehr in der amerikanischen Politik. Diese ist Sache von Druckgruppen: der Wehrmacht, der Kirche, der Veteranen, der Farmer, der Gewerkschaften, des Großkapitals, des Kleinunternehmertums, der Berufsverbände, der Frauenvereinigungen usw. ... Viele Amerikaner wollen heute eine vernünftigeren Außenpolitik für ihr Land, aber sie denken gar nicht ernsthaft darüber nach, weil es keinerlei praktische Möglichkeit gibt, ihren Wünschen Geltung zu verschaffen ... Das ist keine Diktatur im alten Sinn des Wortes, wobei ein einzelner Mann oder eine einzelne Gruppe über die unumschränkte Macht verfügt, aber eine Art Verein kleinerer Diktaturen, in deren Händen zusammen die Macht liegt.»

Auch das ist noch zu nachsichtig geurteilt, mindestens was die Außenpolitik betrifft. Die entscheidenden Beschlüsse werden ja hier nicht einmal von einem «Verein kleinerer Diktaturen» gefaßt, sondern vielleicht von einem Dutzend oberster Posteninhaber, die – wie schon das amerikanische Eingreifen in den koreanischen Bürgerkrieg gezeigt hat – mit einer Schnelligkeit und Selbstherrlichkeit, die jedem halbwegs demokratischen Verfahren Hohn spricht, fertige Tatsachen schaffen und sich nur noch hintendrein die in solchem Falle leicht zu gewinnende Zustimmung einer «patriotischen» Volksvertretung geben lassen.

Was bei all dem besonders beunruhigend wirkt, das ist der Umstand, daß die außenpolitischen Entschlüsse der amerikanischen Regierung in der nächsten Zeit von *England* her kaum mehr wesentlich beeinflusst werden dürften, wie das zum Beispiel der Fall war, als Attlee nach Washington flog, um MacArthurs Angriff auf China zu verhindern, oder als Churchill und Eden gegen Amerikas Eingreifen in den Indochinakrieg protestierten. Das einzige, was man vernünftigerweise erwarten kann, ist eine britische Weigerung, an der «Verteidigung» Formosas teilzunehmen. Dann wird – wenn sich Washington wirklich zur Kraftprobe mit Peking entschließt – Amerika eben allein seinen Krieg führen, in der Hoffnung vielleicht, England und seine übrigen Verbündeten doch noch mitreißen zu können. Aber einen Druck auf Washington ausüben, um es vom Krieg überhaupt abzuhalten – das wird die Londoner Regierung zurzeit schwerlich wollen oder auch nur

können. Nicht nur, weil der neue britische Ministerpräsident, Anthony *Eden*, nicht das gleiche moralische Gewicht hat wie Churchill, der jetzt ins hintere Glied zurückgetreten ist, sondern auch, weil die inneren Spannungen in der *Labourpartei* den indirekten Einfluß der britischen Arbeiterbewegung auf die weltpolitische Haltung der Vereinigten Staaten vorderhand auszuschalten drohen. Ein Labourführer sagte unlängst in diesem Sinn zu Claude Bourdet, dem Chefredakteur des Pariser «*Observateur*», wohl sehr zutreffend: «Was seit mehreren Jahren Katastrophen in der Welt verhindert hat, das war bisher der sich kettenmäßig fortpflanzende Druck, den die Labourlinke auf Attlee und weiterwirkend auf Churchill und dieser wieder auf die Amerikaner ausgeübt hat. Von jetzt an wird es für mindestens ein halbes Jahr (gemeint ist bis zum nächsten Labourparteitag. H. K.) keinen solchen Druck mehr geben, weder am Anfang noch am Ende der Kette; die gefährlichsten Elemente des Pentagons und des Kongresses (des amerikanischen Generalstabs und des Parlaments) werden daraus Nutzen ziehen können.» («*Observateur*», 24. 3.)

Diese Befürchtung hat vieles für sich. Wir überschätzen den letzten Konflikt zwischen Attlee und *Bevan* keineswegs; er betraf keine Grundsatzfrage, etwa die Herstellung und Bereithaltung von H-Bomben (gegen die *Bevan* nichts einzuwenden hat), sondern nur ihren Einsatz, dem *Bevan* nur zustimmen will, wenn vorher der Kriegsgegner selbst H-Bomben verwendet habe. Aber dahinter steht eben doch der ganze Gegensatz zwischen der Labourlinken und der rechtsorientierten Parteiführung und noch mehr die gänzlich demokratiewidrige Art und Weise, wie die Parteileitung die Opposition unterdrückt. (Ich erinnere an die beschämenden Vorgänge am Labourparteitag in Scarborough, die ich seinerzeit an dieser Stelle beschrieben habe.) Richard Croßman stellt im «*New Statesman*» (2. April) mit nur zuviel Grund fest, daß sich auch Labour in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer unduldsamen Parteimaschine entwickelt habe, die die Freiheit besonders der Parlamentsabgeordneten fast aufhebe, einen «planmäßigen Mißbrauch der Mehrheitsherrschaft» betreibe und der Unterhausfraktion ein Regime aufgezwungen habe, das «nicht viel weniger rücksichtslos ist als der demokratische Zentralismus der leninistischen Lehre».

Der Kampf zwischen links und rechts im Schoße der Labourpartei mag vorerst durch die Aussicht auf Neuwahlen – sie werden auf Ende Mai oder Anfang Juni erwartet – etwas gemildert werden. Daß er aber die außenpolitische Tätigkeit der Partei auf lange hinaus behindern, wenn nicht lähmen wird, scheint sicher zu sein. So rächt sich – und in einer vielleicht entscheidenden Lage – die Entartung der westlichen Demokratie an ihren eigenen (angeblichen) Vorkämpfern!

Deutschland-Österreich-Rußland

Daß *Westdeutschlands* politisches Regime nur die böseartige Karikatur einer Demokratie ist, braucht hier nicht mehr weiter dargelegt zu werden. Gustav Heinemann, seit 1950 einer der konsequentesten Gegner der Wiederaufrüstung, die nun gegen den Mehrheitswillen des westdeutschen Volkes «glücklich» durchgedrückt worden ist, sagte es bitter, aber wahr: Bonns Programm ist: «Riesige Profite machen, Soldaten bekommen, um diese Profite zu verteidigen, und Kirchen haben, die beiden ihren Segen geben.» (Er wurde darum auch als Präsident der Evangelischen Synode Westdeutschlands ausgewählt.) Und der Bonner Korrespondent der *Neuyorker «Nation»*, ein aktiver deutscher Politiker, bemerkt (12. März):

«In Westdeutschland hat sich eine Kluft zwischen Parlament und Volk aufgetan, in der die Demokratie unterzugehen droht — auch ohne Mithilfe des Militarismus... Noch vor der Ratifikation hatten die Pariser Verträge die Grundlagen der schwachen deutschen Demokratie unterhöhlt. Wie wird das erst werden, wenn die Generale wieder am Ruder sind?... Der deutsche Militarismus schien auf Generationen hinaus tot; die Deutschen waren Pazifisten geworden. Jetzt zwingen ihnen die ‚demokratischen Befreier‘ mit Gewalt und unter schweren Opfern einen neuen Militarismus auf, und ihre Söhne werden wieder in die Kasernen eingezogen.»

Inzwischen haben auch die Parlamente aller anderen Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union die Deutschlandverträge genehmigt. Der französische Senat, von dem man gewisse Schwierigkeiten befürchtete, wurde von Ministerpräsident Faure durch Zuhaltung oder Versprechung einiger Ministersessel an kritische Politiker gewonnen — und so ist jetzt der Weg frei für die Organisation der neuen westdeutschen Wehrmacht (die immerhin, nach Ansicht des jüngst brüsk entlassenen Obersten von Bonin, früheren Leiters der Operationsabteilung im Oberkommando der Armee Hitlers, mindestens sieben Jahre beanspruchen dürfte). Allein dieser «Sieg der westlichen Sache gegenüber der kommunistischen Bedrohung Europas» (wie sich eine Washingtoner Meldung über die Lage nach der Ratifizierung der Pariser Verträge ausdrückt) ist schon heute recht fragwürdig. Zunächst ist es mindestens voreilig, wenn man im westmächtlichen Lager, eine Äußerung Marschall Bulganins, des sowjetischen Ministerpräsidenten, ausdeutend, darauf rechnet, daß die Russen nun wirklich zu einer Lösung der deutschen Frage im Sinne Adenauers — also in Gestalt einer Annexion Ostdeutschlands durch die Bonner Republik — die Hand bieten würden. Die Verhandlungen, die Bulganin ins Auge faßt, werden sicher nicht zu den famosen «freien deutschen Wahlen» führen, für die man im Westen schwärmt; sie sollen sehr wahrscheinlich — neben der Ostasienkrise — vor allem den endlichen Abschluß eines Friedensvertrags mit *Österreich* zum Gegenstand haben. Hier hat ja Molotow mit seinem Vorschlag, Österreich zu neutralisieren, sowohl die Wiener Regierung als die Westmächte in nicht geringe Verlegen-

heit gebracht. Lehnt Wien ab, so enttäuscht es die Hoffnung des österreichischen Volkes, die ganze fremde Besatzung aus dem Lande zu bekommen; nimmt es an, so stößt es seine westlichen Gönner vor den Kopf, die das Verbleiben der Russen in ihrer Besatzungszone noch immer lieber sehen als ihre eigene Vertreibung aus Österreich, namentlich jetzt, da Westdeutschland ihnen auf absehbare Zeit sicher scheint*.

Ist es ihnen aber auch wirklich sicher? Man kann zweifeln. Die ganze politische Strategie der Westmächte in Europa geht, wie bekannt, von der Voraussetzung aus, daß sich Westdeutschland als Sturmbock gegen den kommunistischen Osten gebrauchen lassen werde. Das war ja auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg der Leitgedanke des Westens, als unter der Führung Englands, aber mit wirklicher Unterstützung durch Amerika, die Wiederaufrichtung der zerbrochenen Machtstellung Deutschlands und seine Wiederbewaffnung ins Werk gesetzt wurde. Nur wartete die Sowjetunion, als es kritisch wurde, nicht so lange, bis die geeinigte kapitalistische Welt zum Angriff bereit war, sondern verständigte sich mit Deutschland, um dieses an der Ostgrenze Polens zum Stehen zu bringen, und lenkte es so wenigstens vorerst nach dem Westen ab. Könnte sich das jetzt nicht wiederholen? Könnte die Sowjetunion nach dem Scheitern ihres Versuches, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, nicht eine direkte Verständigung mit der Bonner Republik suchen, um die kapitalistisch-westmächsliche Front zu sprengen und den deutschen Betätigungsdrang wieder nach dem Westen zu leiten? Die amerikanische «Monthly Review» (Februarheft) glaubt in der Tat, daß man mit einer solchen Wendung zu rechnen habe. «Deutschland», so schreibt sie,

«kann nur durch Verhandlungen mit der Sowjetunion und zu Bedingungen, die für die Sowjetunion annehmbar sind, geeinigt werden. Das ist der erste Grund, warum Westdeutschland wahrscheinlich mit der Sowjetunion Ball spielen wird, wenn es einmal von den Westmächten bekommen hat, was diese ihm gewähren können, nämlich Souveränität und Wiederaufrüstung.

Der zweite Grund ist, daß die imperialistischen Interessen Deutschlands im Widerstreit zu denen Englands und der Vereinigten Staaten stehen, und um das Höchste aus der Lage herauszuholen, brauchen die westdeutschen Kapitalisten

* Inzwischen haben die Österreicher mit den Russen in Moskau die gegenseitige Zustimmung zu einem von den vier Besatzungsmächten zu unterzeichnenden Vertrag vereinbart, der den Rückzug aller fremden Truppen aus Österreich und eine Art Neutralisierung Österreichs bringen soll. Die Westmächte werden wohl gute Miene zu dem Spiel machen müssen, das sie der Möglichkeit beraubt, Österreich in ihren Interessenkreis einzubeziehen. Freilich tun sie das nicht, ohne daß ihre Sprecher und Zeitungen eine Menge hämischer Bemerkungen an die Moskauer Abmachungen knüpfen, die nur wieder ein «Manöver des Kremls» seien, ein «listiger Schachzug», um die ach so leidenschaftlich den (amerikanischen) Frieden erstrebende Front der «freien Nationen» zu verwirren und die künftige Sowjetisierung Europas vorzubereiten... Möge recht bald ein ähnliches «Manöver» auch die Neutralisierung Deutschlands bringen! (18. April.)

Aktionsfreiheit und die Möglichkeit, die beiden großen Machtzentren gegeneinander auszuspielen. Durch die Verfolgung eines solchen Kurses können sie auf Zugeständnisse von beiden Seiten hoffen . . . Die Wendung nach Osten war Hitlers verhängnisvoller Irrtum, und die herrschende Klasse Westdeutschlands hat allen Grund, sich dessen bewußt zu bleiben, aber gar keinen, es zu vergessen. Außerdem: wenn die Sowjetunion vor 15 Jahren eine harte militärische Nuß war, um wieviel härter wird sie in fünf oder zehn Jahren sein, verbündet mit Osteuropa und dem größten Teil Asiens! Eine lockendere und einträglichere Politik für Deutschland besteht vermutlich darin, sich den Rücken durch eine Verständigung mit der Sowjetunion zu sichern und auf Kosten sowohl der Vereinigten Staaten wie Englands seine Expansion in Übersee durch Ausnützung der englisch-amerikanischen Gegensätze fortzusetzen.

Daß eine solche Politik zum Krieg führen kann, versteht sich von selber. Ein wiederbewaffnetes Deutschland, das — wie es sicher früher oder später der Fall sein wird — im Besitz von A- und H-Bomben ist, wird eine dauernde Gefahr für *jedermann* sein. Die heutige eingebildete Gefahr eines sowjetischen Angriffs wird durch die sehr wirkliche und unmittelbare Gefahr eines deutschen Angriffs ersetzt werden.»

Wirklich, die Westmächte können noch ihre Überraschungen an dem jetzt mit soviel Mühe und Geld wiederaufgerüsteten deutschen «Bundesgenossen» erleben!

Rußlands größtes Problem Lassen wir das aber vorerst auf sich selbst beruhen und verweilen wir heute wieder einmal etwas länger bei der *inneren* Lage der Sowjetunion, die ja dauernd von größter Bedeutung auch für die internationalen Beziehungen ist. Malenkows Rücktritt ist, wie wir vor einem Monat betont haben, vor allem die Folge des (vorläufigen) Scheiterns der «weichen» Politik gewesen, die, schon unter Stalin begonnen, von seinen Nachfolgern so nachdrücklich gegenüber den Westmächten betrieben worden war. Statt der Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung soll nun wieder die militärische Abwehrbereitschaft im Vordergrund stehen, mit energischer Förderung der Schwerindustrie und der landwirtschaftlichen Produktion. Aber es ist offenkundig, daß insbesondere die *Landwirtschaft* schon vor der jüngsten Regierungskrise und ganz unabhängig von der Entwicklung der internationalen Lage das eigentliche Sorgenkind der Sowjetunion war; die Sorgen sind durch die Erfordernisse der Außenpolitik nur noch vermehrt worden. Die einfache Tatsache ist, daß der Verbrauch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen viel schneller zunahm als die Produktion. Konnte das in einer mehr oder weniger entspannten internationalen Lage vielleicht eine Zeitlang hingenommen und den ohnehin stets zur «Gemütlichkeit» neigenden Bauern vieles nachgesehen werden, so wurde das unerträglich in dem Maße, als die Sicherung der Volksernährung und die Anlegung großer Lebensmittelvorräte wieder eine unabweisbare Forderung der Landesverteidigung wurde. Und Malenkow, der nicht nur Ministerpräsident war, sondern auch oberster Verantwortlicher

für den Stand der Landwirtschaft, zog daraus die unvermeidlichen Konsequenzen.

Die große Leistung der Kollektivierung der Landwirtschaft war, wie W. Mandel in der Neuyorker «Monthly Review» (Febr. 1955) schreibt, daß sie die Sowjetunion instand setzte, die rasch wachsende Armee der Industriearbeiter, Angestellten, Techniker usw. samt ihren Familien zu ernähren. Dadurch erst wurde der erstaunliche Fortschritt möglich, den Industrie, Wissenschaft und Bildung der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten gemacht haben. Allein die landwirtschaftliche Erzeugung ist eben dennoch nicht im demjenigen Maß gewachsen, wie die Bevölkerungsvermehrung es erfordert hätte; der Milchertrag je Kuh zum Beispiel steht im ganzen weit unter demjenigen in den fortgeschrittenen Ländern Europas oder Amerikas. Die größere Leistungsfähigkeit der Kollektivbetriebe mit ihrer modernen technischen Ausstattung hat es lediglich fertig gebracht, daß ein kleinerer Teil der Gesamtbevölkerung die Nahrungsmittelversorgung des Landes sichert und ein immer größerer Teil der Landbevölkerung in die Industrie abwandern konnte. Das genügte aber nicht, um die wachsenden Anforderungen an die landwirtschaftliche Erzeugung zu befriedigen, herrührend 1. aus der Hebung der Lebenshaltung (der Fleischverkauf hat sich seit 1940 verdreifacht), 2. aus der starken Bevölkerungsvermehrung (jährlich rund drei Millionen Köpfe), 3. aus der Wanderung vom Land in die Städte (17 Millionen in den letzten fünf Jahren allein), 4. aus der Notwendigkeit, staatliche Getreidereserven anzulegen, und 5. aus der Nachfrage nach Exportgetreide. Wie Chruschtschew, der allmächtige Generalsekretär der Kommunistischen Partei, im vergangenen Februar mitteilte, blieb der Fortschritt im Getreidebau wie besonders in der Viehzucht zwischen dem 1. Oktober 1953 und dem 1. Oktober 1954 weit hinter den dafür gesteckten Zielen zurück. So muß jetzt ein neuer, mächtiger Anlauf genommen werden, um das Versäumte nachzuholen. Die mit Mais bepflanzte Bodenfläche soll von 3,5 auf nicht weniger als 28 Millionen Hektaren gebracht werden – als Voraussetzung für eine entscheidende Vermehrung des Viehbestandes. Mais soll künftig nicht nur, wie bisher, im Süden angebaut werden, sondern auch in Gebieten, wo er nicht voll zur Reife kommt – als Futtermittel für das Vieh. Die Urbarmachung aufgegebenen oder jungfräulichen Landes in Zentralasien hat nach Chruschtschew schon jetzt zwei bis drei Millionen Tonnen Getreide mehr erbracht als bisher, ein Ertrag, der im nächsten Jahr verdoppelt werden soll. Bis 1960 soll der Gesamtertrag der Getreideproduktion um mindestens 60 Millionen Tonnen gesteigert werden. Alexander Werth faßt die Lage (in der «Nation», 26. Februar) zusammen, wenn er schreibt: «Das größte innere Problem in Rußland ist jetzt, ob die mächtigen technischen, menschlichen und propagandistischen Mittel, die für diese vordring-

lichste wirtschaftliche Aufgabe aufgegeben werden, ihren Zweck erreichen, und wenn nicht, ob die Städte zu Einschränkung und Rationierung zurückkehren müssen.»

Ein nüchternes Urteil In der schon erwähnten Studie von Mandel in der «Monthly Review» wird freilich vor allzu hohen Erwartungen für die Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Sibirien gewarnt. Ein großer Teil dieses Gebietes – besonders in Kasakstan – sei regenarm, und wenn auch durch Bewässerung und andere Mittel die Ernten auf der Höhe gehalten werden könnten, so könne doch außerordentliche Trockenheit sehr ernste Folgen haben, wie die Dürre von 1946 beweise, die schlimmste ihrer Art, die das europäische Rußland in diesem Jahrhundert betroffen habe. Auch sonst mahnt Mandel zu nüchterner Beurteilung der bisherigen Ergebnisse der Sowjetwirtschaft wie auch der Bemühungen um die kulturelle Hebung der Sowjetbevölkerung. Ein paar Tatsachen, die er anführt, seien auch hier wiedergegeben.

Die Sowjetunion, so stellt Mandel fest, hat eine Bevölkerung, die um einen Drittel größer ist als diejenige der Vereinigten Staaten, jedoch nur drei Viertel der Zahl der Sekundarschüler Amerikas. (Gegenüber der vorrevolutionären Zeit ist das freilich ein gewaltiger Fortschritt.) Die erwachsene Bevölkerung der Sowjetunion hat im Durchschnitt erheblich weniger als sieben Schuljahre genossen; erst 1949 waren die äußeren Möglichkeiten gegeben, um die siebenjährige Schulzeit obligatorisch zu machen. Was die Theaterkultur anbelangt, so ist sie – wenn man von den Liebhaber Bühnen absieht – im wesentlichen auf die Städte beschränkt. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat ferner noch keine Radioapparate, kann also nur in sehr begrenztem Maße gute Musik hören. Ähnliches gilt von der Möglichkeit zum Genuß anderer Kunstwerke, etwa durch Besuch von Museen und durch die Betrachtung guter Bilder, wie sie in den westeuropäischen und nordamerikanischen Zeitschriften geboten werden. Der Kinobesuch (vorausgesetzt, daß er überhaupt bildend wirkt) ist aus äußeren Gründen in der Sowjetunion zu Stadt und Land schwächer als im Westen, nicht zu reden vom Fernsehen (das ja auch in der Schweiz erst in den Anfängen steht).

Die Industrieproduktion der Sowjetunion hat sich in gewaltigen Sprüngen ausgedehnt; in 25 Friedensjahren ist sie alljährlich um 15 Prozent gewachsen, drei- bis fünfmal so schnell, wie das in den besten Zeiten des westlichen Kapitalismus der Fall war. Aber die Lebenshaltung im ganzen läßt noch sehr viele Wünsche unbefriedigt. Die Erhöhung des materiellen Lebensniveaus seit 1913 um das Dreieinhalbfache bezieht sich zu einem großen Teil auf Dinge wie elektrisches Licht, Chemikalien aus Kohle, Gas, Metallwaren, Verkehrsmittel, Ge-

sundheitsdienste, kulturelle Möglichkeiten, Schuhwerk, Konfektionskleider, Möbel usw. Trotzdem fehlt es noch immer an zahlreichen Artikeln, wie Nähmaschinen, Automobilen, Werkzeugen, industrieller Maschinerie. Erst kürzlich mußte ein Eisbrecher von 22 000 Tonnen in Finnland bestellt werden.

Im Ausbau der Wasserwege ist in den letzten Jahren viel geleistet worden (zum Beispiel die Schaffung des Wolga-Don-Kanals); dennoch erreicht der Verkehr auf den Inlandwasserwegen der Sowjetunion erst den dritten Teil desjenigen in den Vereinigten Staaten. Der große Plan der «Klimaveränderung» durch Anlegung langgestreckter Waldgürtel ist nach Mandel überhaupt zurückgestellt worden; auch von dem mit großen Hoffnungen begrüßten System des Moskauer Akademikers Williams für eine neue Landwirtschaftstechnik mit Fruchtwechsel sei keine Rede mehr.

Der amerikanische Forscher – ein Freund und ausgezeichnete Kenner der Sowjetunion – faßt seine Darstellung zusammen in den Wunsch, man solle von der Sowjetunion kein Bild geben, das vorausnehme, was erst in zehn oder zwanzig Jahren geschaffen sein werde, sondern ein Bild von der heutigen Wirklichkeit, die bescheidener sei. Man müsse immer daran denken, wie es in Rußland vor der Errichtung des neuen Regimes ausgesehen habe; dann könne man erst richtig erwarten, was in Zukunft möglich sein werde. Die Gegner der Sowjetunion anerkannten bereits,

«daß es eine riesige Leistung sein wird, wenn die Sowjetunion unsere gegenwärtige Produktion je Kopf der Bevölkerung – und damit die Grundlage für eine höhere Lebenshaltung – in zwanzig Jahren erreicht haben wird, wie dies das bisherige Wachstumstempo ankündigt. Wir wollen uns das ebenfalls vor Augen halten und nicht mehr träumen, daß wir im Jahr 1975 stehen. Und wir wollen auch Befriedigung aus der Tatsache schöpfen, daß die sozialistische Verteilung von Wohlstand und Gesundheit der Sowjetunion jetzt eine niedrigere Sterblichkeitsziffer gebracht hat als diejenige der Vereinigten Staaten ist. Das ist vielleicht die stärkste allgemeine menschliche Leistung der Sowjetunion.»

Gefangenenlos Es sei mir erlaubt, in diesem ganzen Zusammenhang von dem vielgelesenen Buch zu reden, das der deutsche Theologe *Helmut Gollwitzer*, nach Johannes 21,18, unter dem Titel «... und führen, wohin du nicht willst» schon vor ein paar Jahren veröffentlicht hat, und das nun 1954 auch in einer billigen Volksausgabe erschienen ist. (Ich zitiere nach dieser Ausgabe.) Gollwitzer, als Pfarrer zum Kriegsdienst unter Hitler eingezogen und von 1945 bis Ende 1949 in der Sowjetunion gefangen, redet sich mit seinem Erlebnisbuch die schwere Erinnerung an die Gefangenzeit vom Herzen, weitete seinen Bericht aber zu einer großen Anklage gegen das ganze Sowjetsystem aus. Darum nicht zuletzt wurde und wird es in Westdeutschland so gierig verschlungen. Und darum ist es auch wert, daß man sich mit ihm auseinandersetzt. Dies um so mehr, als

es eines der wenigen antikommunistisch wirkenden Bücher ist, die ohne Haß, mit dem ehrlichen Willen zur Gerechtigkeit auch gegenüber dem Kommunismus und dem Sowjetstaat ihre These vertreten, im Gegensatz zum allermeisten, was man von «weltlicher» wie von «geistlicher» Seite – im Westen über diese Dinge hört und liest. Bei Gollwitzer stammt diese Haltung aus einem wunderbar lebendigen Christenglauben, der ihn und die Menschen um ihn herum durch die ganze Not der Gefangenschaft hindurch trug und der uns beim Lesen seines Buches eine große Stärkung und Ermutigung war. Aber deswegen dürfen wir gleichwohl unseren wesentlichen Widerspruch gegen so vieles, was er schreibt, nicht zurückhalten – im Gegenteil.

Beginnen wir mit dem Gefangenschaftserlebnis selber. Es war schwer, oft unerträglich, verzweifelt schwer, und Tausende sind daran zerbrochen. Allein wenn wir von den beim Heimtransport der anderen Gefangenen weiter zurückgehaltenen angeblichen Kriegsverbrechern – die allermeisten waren es ja nicht – absehen, von diesen *unschuldig* zum Teil noch heute als Zwangsarbeiter in der Sowjetunion schmach tenden Männern, so muß man einfach feststellen, daß die «normalen» Kriegsgefangenen ihr Los durchaus verdient haben. Was haben denn die Deutschen in der Sowjetunion zu suchen gehabt? Wer hat ihnen das Recht gegeben, mit Mord und Totschlag, Raub und Zerstörung im Kolossalstil in Rußland einzufallen, 15 bis 20 Millionen Menschen umzubringen, 17000 Städte und 70 000 Dörfer zu verwüsten, Zehntausende von industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben zu vernichten und all das übrige Elend anzurichten, das der deutsche Angriff mit sich brachte? In Charkow allein haben die Soldaten Hitlers rund 30 000 Russen getötet, in Kiew 35 000, in Lubny 4000, in Periaslaw 2000 usw. Und da bildeten sich die gleichen Soldaten ein, sie würden dafür *nicht* zur Verantwortung gezogen werden? Da reklamierten, schimpften und fluchten sie als Gefangene alle Tage, was das Zeug hielt, über die sowjetischen Henker und Sklavenhalter. Wahrlich, wenn diese Leute einen Funken von Gewissen oder auch nur Gerechtigkeitsgefühl gehabt hätten, so hätte ihr Morgen- und Abendgebet unweigerlich heißen müssen: «Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldnern!» Die ganze Einstellung gegenüber den Russen hätte anders sein müssen, als sie Gollwitzer uns beschreibt – demütig, bescheiden, reuevoll, nicht so aufbegehrend, selbstgerecht, selbstbemitleidend, anklägerisch, wie sie tatsächlich war. An einer oder zwei Stellen sagt auch Gollwitzer etwas Ähnliches, so wenn er meint: «Wenn die Sowjetregierung für die Behandlung ihrer Soldaten in deutscher Gefangenschaft an uns in nationalsozialistischer Weise hätte Vergeltung üben wollen, dann hätten wir alle die Heimat nicht wiedergesehen.» Aber solche Erkenntnisse ertrinken in dem Meer der Leidensschilderungen, die der Verfasser ganz im Geiste seiner Mit-

gefangenen gibt – begreiflich genug, hat er doch selber als kämpfendes Glied der deutschen Wehrmacht, wenn auch in noch so geringfügigem Maß, seinen Anteil an dem gehabt, was die Armeen des «Führers» in Rußland verbrochen haben. Auf jeden Fall: wenn nicht für Gollwitzer, so gewiß für die große Masse der uniformierten und nichtuniformierten Deutschen gilt auch in der Gefangenfrage, was F. W. Foerster in seinen Erinnerungen bemerkt: «Deutsche Männer und Frauen reservierten ihren Abscheu und ihre moralische Entrüstung ausschließlich für das, was Deutschland von den Opfern und Leidtragenden des deutschen Angriffes zugefügt worden war... Wo bleibt der Schauer vor der Riesenschuld, der laute Widerruf ruchloser Pläne, wo bleibt Sühne und Reparation? Niemand wollte etwas davon wissen, weder die Schuldigen noch die Unschuldigen, weder die Voranläufer noch die Mitläufer noch die Hinterherläufer.»

Kommunistisches Regime Die Deutschen also – das muß feststehen – haben nicht das mindeste Recht, die Russen wegen des Regimes in den sowjetischen Gefangenlagern anzuklagen. Aber die dafür Verantwortlichen sind deswegen ebenso selbstverständlich nicht entschuldigt. Was sie getan haben, lastet auf ihnen als Schuld und muß gesühnt werden, wenn nicht Strafe folgen soll. Das gleiche trifft für *alle* Sünden des Sowjetregimes zu. Gollwitzer deckt sie schonungslos, wenn auch sachlich und ruhig auf, vor allem die ganze verderbliche Wirkung der *Diktatur- und Terrorpraxis* und der dahinterstehenden Auffassung vom Menschen. Was er uns aus eigenem Erleben von der völligen Korruption der Menschen erzählt, die dem System (das Wort hier in Beschränkung auf die Willkür- und Gewaltpraxis verstanden) verfallen sind, von der satanischen Natur des Spitzelwesens, von der Charakterlosigkeit der Selbstgleichschaltung, von der Brechung und Knechtung der Gewissen, von der Raffiniertheit der Herrschaftsmethoden, von den Tricks, die bei Wahlen üblich sind – all das und das übrige, was dazu gehört, ist zwar sicher nicht neu, aber es gewinnt um so mehr an Eindringlichkeit, je mehr es am lebendigen Beispiel erhärtet und demonstriert wird. Der Verfasser ist selbst ein Beweis für das Schicksal, das einem Menschen widerfährt, der sich durch das System *nicht* korrumpieren läßt, der seinen Verlockungen ebenso fest Widerstand leistet wie seinen Drohungen und Strafen – und der dann zuletzt doch triumphiert. Welcher Trost, welche Ermutigung, welches Vorbild für alle, die *irgend-einem* «System» trotzen müssen und sich von ihm doch nicht brechen lassen – auch nicht vom Terror und Boykott des Antikommunismus!

Und dennoch: Gollwitzer geht in seiner begreiflichen Enttäuschung über das, was er am Kommunismus als Kriegsgefangener erlebt hat, viel zu weit. Er schüttet das Kind mit dem Bad aus. «Ich habe», schreibt er einmal,

«eine Testfrage gelernt, an der man die Staaten prüfen kann, ob man in ihnen leben möchte oder nicht: Wenn es einen Apparat gäbe, der jeden Bürger überall beobachten und besonders auch seine geheimsten Gedanken lesen kann — ist ein Staatswesen so angelegt, daß seine Führung mit Begeisterung nach diesem Apparat griffe und sich seiner bediente, oder ist es so angelegt, daß die Führung diesen Apparat verschmähen würde oder wenigstens die Bürger ihr seine Verwendung verwehren könnten?»

Nach diesem Test müßte nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die nordamerikanische Union verworfen werden, die — MacCarthy ist nur der gröbste Ausdruck dafür — ein Spitzel- und Loyalitätsprüfungssystem entwickelt hat, das die ganze Bevölkerung terrorisiert und unzählige Existenzen ruiniert, ja viele Menschen körperlich ausgelöscht hat und das für seine Zwecke gerade jenen «Lügenentdecker-Apparat» erfunden hat, den sich Gollwitzer nur in der Phantasie vorstellen konnte. Auch für unsere Bundespolizei möchte ich die Hand nicht ins Feuer legen; was sie an Bespitzelung und Überwachung «verdächtiger Elemente» (und wer ist ihr *nicht* verdächtig?) leistet, zum Beispiel durch Verletzung des Post- und Telephongeheimnisses, das deutet wirklich darauf hin, daß ihr Ideal das politische Gedankenlesen wäre . . . Aber was die Russen betrifft, so möchte ich an die bereits früher einmal von mir erwähnte Feststellung Paul Distelbarths (in seinem Buch «Rußland heute») erinnern:

«Ich muß sagen, daß ich nirgends in Rußland den Eindruck hatte, in einem riesigen Zuchthaus oder Konzentrationslager zu sein. Man atmet frei und leicht, die Luft ist ganz anders als etwa in Berlin. Der hervorstechendste Eindruck war sogar, wie wiederholt gesagt wurde, der des Gelockertseins, der unbefangenen Fröhlichkeit. Auch die einzelnen gaben sich frei und rückhaltlos. Das ist die reine Wahrheit.»

Der Grund für dieses unbefangene Fröhlichsein trotz Diktatur und Polizeistaat liegt nicht nur darin, daß der Russe seit Jahrhunderten an politische Unfreiheit gewöhnt ist und die Abwesenheit westlicher Demokratie bei weitem nicht so bitter empfindet wie wir; er ist wohl noch mehr darin zu suchen, daß für den Russen, wie für alle östlichen und sonst unterentwickelten Völker, die Freiheit vor allem in der *Freiheit von Not* und in der Freiheit des *sozialen Aufstiegs* besteht. Um wiederum Distelbarth sprechen zu lassen: Der junge Russe, sagen wir in Swerdlowsk, der seine Ausbildung beendet hat (und er hat für diese Ausbildung die liberalsten Möglichkeiten),

«überlegt nun, wohin er gehen will. Er kann daheim bleiben, und dann ist ihm, wenn er tüchtig ist, ein ehrenvoller Aufstieg und ein bequemes Einkommen in einem der großen Werke sicher. Er kann nach Mittelasien gehen und sich den Arbeiten zur Fruchtbarmachung der Wüsten widmen. Oder nach Ostsibirien, an den Baikalsee, in dessen Nähe ein riesiges Kraftwerk an der Angara, dem wasserreichsten Fluß Sibiriens, errichtet wird. Er wird ohne Mühe Arbeit finden bei dem Aufbau ganz neuer Industrien in diesem Gebiet. Ein Sechstel der Welt steht ihm offen. Er kann auch beantragen, daß man ihn nach China schickt, wo russische Ingenieure den Aufbau der Wirtschaft leiten. Und er sollte sich beeengt fühlen? Ist das nicht Unsinn?»

Sozialismus! Nun, das mag sein, wie es will, wird Gollwitzer antworten; aber was hat all das, was jetzt in der Sowjetunion geschieht, noch mit Sozialismus zu tun? Was hat uns überhaupt der Sozialismus noch zu sagen? Die soziale Not ist ja, wie Gollwitzer meint, gar nicht durch den Kapitalismus an sich geschaffen worden, sondern nur durch den *unentwickelten* Kapitalismus; sie werde darum «lösbar nicht durch den revolutionären Sturz des Kapitalismus, sondern durch seine Weiterentwicklung und Demokratisierung». Der Sozialismus als solcher bringe noch gar keinen Fortschritt. Das beweise gerade das Leben im Kriegsgefangenenlager, diesem «Muster einer sozialistischen Gesellschaft im kleinen» (kein Privatbesitz an Produktionsmitteln, kein arbeitsloses Einkommen, vollkommene soziale Sicherheit usw.). Die Beobachtungen am Muster eines solchen Lagerlebens hätten «deutlich gezeigt, daß der Sozialismus als solcher weder Gleichheit, noch Freiheit, noch Brüderlichkeit garantieren kann . . . Sie weisen darauf hin, daß gerade eine sozialistische Ordnung Gleichheit (nämlich vor dem Recht), Freiheit (nämlich Unabhängigkeit von der Macht und Willkür anderer Menschen) und Brüderlichkeit (nämlich Gemeinsinn und Mitgefühl) ebenso gefährden und unmöglich machen kann, wie es die sozialistischen Theoretiker von der bürgerlichen Gesellschaft behauptet hatten.» Auch alle Planwirtschaft müsse in einem System, wie der Sowjetkommunismus es darstelle, versagen. «Es erscheint einem nur am Anfang paradox, daß kein System den Gemeinsinn mehr abtötet und eigennütziges Denken mehr züchtet als das System des Kommunismus.»

Für diese Behauptung führt Gollwitzer zahlreiche Beobachtungen an, die, wie er überzeugt ist, schlüssig beweisen sollen, daß die Revolution, die der Kommunismus nicht nur tatsächlich bewirkt habe, sondern direkt anstrebe, «nichts anderes als die Verdrängung einer alten Elite durch eine neue» sei. «Die Masse führt nie, sondern wird geführt, in der Sowjetunion willenloser und uneingeschränkter als irgendwo in der bürgerlichen Gesellschaft.» Von Gemeinsinn, von Willen zur Erleichterung des Loses der Schwachen und Gedrückten sei hier keine Rede mehr. «Es geht nicht um die Frage, wie den Getretenen endlich geholfen werden könnte, sondern um die Frage: Wer darf treten?» Der Arbeiter insbesondere werde einfach dem totalen Staat zum Opfer gebracht und könne sich dagegen nicht einmal wehren. Er habe Sklavenarbeit zu verrichten, wie sie schlimmer kaum jemals bestanden habe, und statt daß der Klassengegensatz überwunden sei, lebe er nur in anderer Form – als Interessengegensatz zwischen staatlich angestellten Ausbeutern und Ausgebeuteten – weiter, vom gleichen Gegensatz in den kapitalistischen Ländern nur dadurch unterschieden, «daß der Arbeiter in der Sowjetunion alle die Möglichkeiten zur Vertretung seiner Interessen, die in den hundert Jahren der modernen Arbeiterbewegung erkämpft worden sind, wieder verloren hat».

Das sind Anklagen, die wir nicht ernst genug nehmen können. Aber ich glaube wiederum: der Verfasser will hier viel zu viel beweisen. Er sieht alles vom Blickpunkt des Kriegsgefangenen aus, ohne Überblick über die Gesamtheit der Tatsachen der Sowjetgesellschaft und ihre geschichtlichen und gegenwärtigen Zusammenhänge, vergessend, daß er selbst einmal zugibt, «daß die Perspektive des Kriegsgefangenen die ungünstigste Perspektive ist, um ein gerechtes Bild von einem anderen Land und Volk zu gewinnen; denn der Gefangene bekommt nur einen kleinen Ausschnitt des wirklichen Lebens zu Gesicht, und das Personal der Lagerverwaltungen ist eher eine negative Auslese als ein guter Durchschnitt».

Trotz dieser Erkenntnis läßt sich Gollwitzer dazu verleiten, Einzelerscheinungen, die er als Kriegsgefangener beobachtet hat, oder die andere beobachtet haben und die er nur vom Hörensagen kennt, in unzulässiger Weise zu verallgemeinern. Er zieht dann Schlüsse auf das Sowjetregime, die mit der Gesamtwirklichkeit gar nicht übereinstimmen, die aber vortrefflich in sein Denkschema hineinpassen. (Hegel würde in solchem Fall sagen: «Um so schlimmer für die Wirklichkeit...») Ein Beispiel: Er beschreibt (Seite 165) nach der Erzählung eines Kameraden, der sich eine Zeitlang geisteskrank stellte, die Zustände in einer russischen Irrenanstalt. Die Patienten seien dort, splinternackt in einen Saal eingesperrt, wie Tiere gehalten worden, ohne rechte Nahrung und ohne die geringste ärztliche Betreuung. Statt diese Zustände als Rest jener barbarischen Irrenbehandlung anzusprechen, die früher auch im Westen allgemein üblich war, erklärt er sie kurzerhand als «bezeichnend» für das ganze Sowjetregime, beweist es ihm doch ein neues Mal seine Lieblingsthese: «In der Sicht des Menschen als bloßes Naturwesen und in der daraus folgenden Verachtung des Einzelmenschen sind sich Faschismus und Sowjetsystem so einig, daß ein grundsätzliches Hemmnis, mit den Geisteskranken so wie Hitler zu verfahren (das heißt sie einfach zu ‚liquidieren‘, H. K.), auch für die Sowjets nicht besteht... Sich um sie pflegend zu bemühen, ist nur von einer ganz anders begründeten Sicht des Menschen her möglich.»

Offenbar *besteht* aber diese ganz anders begründete Sicht des Menschen auch in der Sowjetunion, und zwar als Allgemeinercheinung. Wenigstens zeugt das, was ich von der Pflege der Irren und seelisch Gestörten in der Sowjetunion weiß, von soviel menschlicher Bemühung um die Heilung der Kranken, von soviel gewissenhaftem Helferwillen, daß davor Gollwitzers Urteil gänzlich zusammenbricht. Man lese beispielsweise, was Charlotte und Dyson Carter im zweiten Band ihres Rußlandbuches («*We saw Socialism*») darüber zu berichten wissen. (Der Wert der von den sowjetischen Ärzten angewandten *Methode* steht hier nicht zur Erörterung.) Andererseits ist das, was mir über die Zustände in *amerikanischen* Irrenanstalten bekannt ist, wirklich niederschmetternd. Das USA-Landeskomitee für mentale Hygiene

stellt zum Beispiel in einem Bericht über die Gesamtheit der staatlichen Irrenanstalten für das Jahr 1946 fest: «Es steht für jeden Kranken ein Betrag von 400 Dollar pro Jahr zur Verfügung, der gerade ausreicht, um das bare Leben zu fristen . . . Es fehlt fast in allen Spitälern an Ärzten . . . Die Kranken werden von Wärtern häufig geschlagen . . . Sie leben in veralteten und ungesunden Gebäuden zwischen Schmutz und Ungeziefer.» Ein Autor (Albert Deutsch) schreibt über das Irrenspital des Staates Pennsylvania: «Ich wurde an die Bilder von Nazi-konzentrationslagern in Belsen und Buchenwald erinnert. In den Gebäuden, die ich betrat, liefen nackte Menschen herum, die wie Vieh eingezäunt waren und mit noch weniger Rücksicht, als man Tieren gegenüber zu beobachten pflegt, behandelt wurden. Der Gestank war fürchterlich.» (Zitiert nach L. L. Matthias «Die Entdeckung Amerikas Anno 1953 oder Das geordnete Chaos». Rowohltverlag Hamburg.) Es nimmt mich wunder, ob Gollwitzer angesichts solcher Tatsachen – und sie könnten aus zahlreichen Gebieten des amerikanischen Lebens vervielfacht werden – seinen Glauben aufrechterhalten kann, der Westen sei eben doch viel menschlicher als der sowjetische Osten. Vielleicht hat man in der Sowjetunion im Gegenteil manchmal eher Grund zu sagen: «Wir Wilden sind doch bessere Menschen . . .»

Aber das eigentlich nur nebenbei. Es geht uns vor allem um Gollwitzers Urteil über das Verhältnis von Sowjetregime und Sozialismus. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß *der* Sozialismus, den *er* meint und ablehnt – der Sozialismus des Gefangenenlagers im großen, der Sozialismus als «selbstzweckliches Ideal» –, nicht *unser* Sozialismus sein kann. Die sozialistischen *Einrichtungen* machen es nicht; sie sind notwendig, aber nur soweit eine sozialistische *Gesinnung* dahintersteht, die sie schafft und erhält (wobei wir die Rückwirkung der Einrichtungen auf die Gesinnung keineswegs verkennen). Ähnliches gilt von der Planwirtschaft, die nur widersinnig wird, wenn sie vom grünen Tisch aus befohlen wird, ohne Anpassung an die wechselnden und mannigfaltigen Bedürfnisse des Lebens, die aber, demokratisch kontrolliert, unumgänglich notwendig ist, um die ungeheuerliche Mißwirtschaft, die phantastische Kräfte- und Güterverschleuderung, die der Kapitalismus darstellt, zu überwinden. Nun fehlt freilich gerade im Sowjetkommunismus weithin die Gesinnung, die den sozialistischen Einrichtungen erst ihr Leben gibt, fehlt gewiß vielfach auch jene verständige Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Gemeinschaftslebens, die die Planwirtschaft erst zum Segen macht und die nur durch die freie Mitwirkung des Volkes (in den verschiedensten Gliederungen) erreicht werden kann. Hier liegt tatsächlich die größte Schwäche der Sowjetunion. Und ich für meinen Teil bin längst überzeugt, daß auf diesem Feld die *wirkliche* Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erfolgen muß. Sein Wirtschafts- wie sein Staatssystem ist ein Versuch, das

Zusammenleben der Menschen auf grundsätzlich materialistisch-atheistischer Basis zu ordnen – ein Versuch, der auf die Länge gar nicht gelingen kann. Wobei gleich hinzugesetzt werden muß, daß der sozialdemokratische Reformismus des Westens mit seinem seichten «Humanismus» nicht minder ein Haus ist, das auf Sand gebaut ist.

Zusammenhänge Aber mit diesen Feststellungen ist die Kommunismusfrage – auch nur gedanklich – keineswegs gelöst, so sehr sich auch die öffentliche Meinung des Westens damit begnügt, den Kommunismus als unmenschlich, widerchristlich, freiheitsfeindlich zu verdammen und zu bekämpfen. Die Tatsache ist nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, daß – man mag sagen, was man will – die nichtkommunistischen Gesellschaften als Ganzes genommen in ihren Grundlagen, den sittlichen wie den materiellen, vollkommen brüchig geworden sind, daß also *eine an die Wurzel greifende Umwälzung ihrer Ordnungen fällig, ja überfällig ist*, wenn wir überhaupt weiterleben sollen. Das hat nichts mit «utopischem Denken» zu tun, wie es Gollwitzer vom Evangelium her verwirft; gerade das Evangelium wird immer sichtbarer *die Kraft*, die jene Umwälzung am sichersten vorbereitet und möglich macht, auch wenn es feststeht, daß wir von irdischen Bewegungen und Einrichtungen keine idealen Lösungen erwarten dürfen. Das ist die eine Tatsache – die Notwendigkeit der grundlegenden Umwälzung all unserer sozialen Ordnungen. Die andere aber ist, daß die *Christenheit* im ganzen, daß insbesondere auch die *westlichen Demokratien* – ob nun christlich oder humanistisch angestrichen – *diese Notwendigkeit nicht sehen wollen* und auf jeden Fall nicht zu vollziehen bereit sind. Der «unchristliche» Kommunismus sieht sie und ist entschlossen, sie zu vollziehen – mit *seinen* Methoden, in *seinem* Geist, den er zu einem nicht geringen Teil von der nichtkommunistischen, der bürgerlich-kapitalistischen und der feudalen Welt geerbt hat. Der Kommunismus hat mit der sozialen und zugleich nationalen Revolution in den unterentwickelten Ländern begonnen; in Rußland, China, Indochina ist sie bereits durchgebrochen, in anderen Ländern wird sie folgen. Aber es ist nicht nur der *primitive* Kapitalismus und Kolonialismus, gestützt durch einen verrotteten Feudalismus, der die Gewaltrevolution erzeugt hat; sie droht auch in den Ländern des «höher entwickelten» Kapitalismus, den demokratisieren und humanisieren zu können nun wirklich eine Illusion ist.

Der Raum fehlt mir hier, um auch nur andeutungsweise die *positiven* Seiten der kommunistischen Revolution in Rußland, China usw. ins Licht zu setzen. Sie sind trotzdem Tatsache, und nur Unwissenheit oder Verblendung kann sie leugnen. Tatsache sind freilich auch ihre negativen Seiten; das könnte wiederum nur parteiische Voreingenom-

menheit bestreiten. Was aber immer aufs neue betont werden muß, das ist ein Doppeltes:

Erstens: die Sünden und Mängel der kommunistischen Revolutionen sind zum großen Teil eine *Erbschaft des alten Regimes*, das sie gestürzt haben. In Rußland namentlich konnte nach Lage der Dinge, angesichts des geistigen und materiellen Zustandes, in den der zaristische Absolutismus und ein verlorener Krieg Volk und Land gestürzt hatten, eine andere Form der Umwälzung gar nicht erwartet werden als diejenige, die der Bolschewismus ihr gegeben hat, nachdem der sozialdemokratische Scheinrevolutionarismus ebenso versagt hatte wie der liberal-parlamentarische. Ähnliches gilt für China und Indochina. (Ein junger holländischer Arzt, der weder Kommunist noch Sozialist ist, sagte mir vor nicht langer Zeit im Lauf eines langen Gespräches über diese Dinge, wenn er in Indochina politisch arbeiten wollte, so könnte er nicht anders als dies im Rahmen der kommunistischen Bewegung tun.) Man braucht darum keineswegs so bedingungslose und endgültige Verdammungsurteile über den Sowjetkommunismus abzugeben, wie das Gollwitzer tut. So heftig er alle «dialektische», also entwicklungsgeschichtliche Betrachtungsweise ablehnt – auch der Kommunismus ist in seinen jeweiligen Erscheinungsformen zeit- und ortsbedingt, kann sich also von dem bösen Erbe der Vergangenheit sehr wohl befreien. Wenn zum Beispiel die sowjetischen Kollektivbauern, wie William Mandel in dem früher zitierten Aufsatz sagt, noch weithin von privatwirtschaftlichem Erwerbsgeist beherrscht sind und sozialistische Gesinnung gar sehr vermissen lassen, so gehört das gewiß zum Ganzen jener argen Vergangenheit, die auf ihnen wie auf dem russischen Volk überhaupt lastet und nicht dem Kommunismus als Schuld anzurechnen ist.

Zweitens: die von Lenin geführte Revolution setzte sich ursprünglich wesentlich andere, reinere Ziele und wollte auf wesentlich anderen, freiheitlicheren, sozialistischen Wegen zu ihnen gelangen, als die Ziele und Wege sind, die die späteren Abschnitte der Russischen Revolution kennzeichnen. Lenin und noch konsequenter Stalin wurden aber auf *ihren* Weg geradezu gezwungen, weil die kapitalistisch-bürgerliche Welt, vor allem die des Westens, von allem Anfang an die Sowjetunion und ihr Regime unterwühlt, bekämpft und mehr als einmal an den Rand des Todes gebracht haben. Es ist schon oft gezeigt worden, wie ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der *Bekämpfung und Bekriegung der Sowjetunion* und der *Ausbildung des Macht- und Diktaturapparates* besteht, in dem man jetzt das eigentliche Wesen des Kommunismus verkörpert sehen will*. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion leidet bis zum heutigen Tag aufs schwerste

* Erst kürzlich hat Konni Zilliacus im «New Statesman» (19. Februar 1955) diesen Zusammenhang wieder eindrucksvoll geschildert.

unter der Feindseligkeit der antikommunistischen Welt. Es ist gar nicht zu ermessen, um wieviel höher die Lebenshaltung des Sowjetvolkes stünde und wieviel freier, menschlicher, sozialistischer auch in *unserem* Sinn das ganze Sowjetleben wäre, wenn es keine Interventionskriege, keinen jahrelangen internationalen Boykott der Sowjetunion, keinen hitlerischen Ostkrieg (der durch die Deutschland-Politik der Westmächte in den zwanziger und dreißiger Jahren überhaupt erst möglich geworden ist), keine Wiederaufnahme des westmächtlichen Kampfes gegen die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben hätte! Es ist kein Wunder, daß die ganze schwere Geschichte der Sowjetunion (für die natürlich nicht *nur* ihre Gegner verantwortlich sind) die tiefsten Spuren in Geist und Gehaben des Regimes hinterlassen und furchtbare Verwüstungen gerade auch moralischer Art angerichtet hat. Fast ein Wunder ist es hingegen, daß diese Verwüstungen nicht noch viel größer sind und daß noch soviel sozialistischer oder zumindest antikapitalistischer Geist, soviel Antimilitarismus und Friedenskraft in den Trägern des Regimes lebt, wie das tatsächlich der Fall ist. Die Hoffnung erscheint darum nicht unbegründet, daß in dem Maß, in dem die Bedrohung der Sowjetunion von der Außenwelt her eingestellt wird, auch die Abwehrreaktion wegfällt, die sich nicht nur in der Außenpolitik der Sowjetunion so hemmend geltend macht, sondern auch ihre ganze Innenpolitik deformiert und den Sozialismus für viele Leute zu einem Zerr- und Schreckbild gemacht hat.

Die bürgerlich-kapitalistische und die feudale Welt tragen sehr viel Schuld an den Fehlleistungen des Sowjetkommunismus, über die man sich jetzt bei uns so schrecklich entrüstet. Und ihre Schuld wird immer größer, je länger sie in ihren Methoden der Bekämpfung des Kommunismus verharren, je mehr sie sich auf eine letzte, bewaffnete Kraftprobe mit ihm rüsten. Darin sind wir wohl mit Gollwitzer einig. Sein Rußlandbuch liefert zwar mit seiner Einseitigkeit der gedankenlosen Masse willkommene Munition für den Kalten Krieg. Aber vor dem Umschlag in den *heißen* Krieg schreckt er – das ist bei seiner Grundhaltung eigentlich selbstverständlich – mit dem gleichen Grauen zurück wie wir andern alle. Er spricht es klar aus, «daß der Kommunismus nicht eine Pest ist, die man ausrotten kann, sondern das Ergebnis einer sozialen und einer geistigen Misere. Behebt die Misere, dann habt ihr die Pest nicht zu fürchten.» Und mit Leidenschaft bestreitet er gegenüber Lagergenossen, die zum heiligen Krieg gegen den Kommunismus raten, «daß der Westen heute die Aufgabe hat, die Menschen hier von den Sowjets zu befreien . . . Denn das heißt Krieg, den furchtbarsten Krieg, den es je gegeben hat. Haben denn die Kommunisten nicht vielfach recht mit dem, was sie gegen den Westen sagen? Dieser Westen müßte ganz anders sein, als er ist, um als Befreier auftreten zu können . . . Und er soll den Beweis liefern, daß er

seine soziale und geistige Misere aus seinen eigenen Kräften überwinden kann.» Wie dann die Weltgeschichte weitergeht, daß weiß – so sagt Gollwitzer – niemand als Gott selber. «Aber ich weiß sicher, daß der Kreuzzug immer eine Heuchelei und der Krieg nie ein Befreier ist.» Wenn das die Mehrheit der westlichen Völker auch wüßte, wären wir gerettet.

10. April.

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNGEN

Josué Jéhouda: Guglielmo Ferrero. Editions Générales, Genève.

Das Büchlein Josué Jéhoudas, des bedeutenden jüdischen Philosophen und Schriftstellers, ist eine willkommene Ergänzung der größeren Arbeit von Serge Radine, die wir hier seinerzeit besprochen haben. Die erstaunliche Vielseitigkeit und Lebendigkeit Ferreros, des Geschichtschreibers, Gesellschaftskritikers und Romanschriftstellers, erfährt eine liebevolle und kenntnisreiche Würdigung durch den Freund, der während der letzten – der Genfer – Zeit des großen Gelehrten in sozusagen täglichem vertrautem Umgang mit ihm stand. Auch die Begrenzungen und Einseitigkeiten Ferreros werden nicht übersehen; aber entscheidend bleibt für den Verfasser doch sein stetes Fortschreiten zu immer größerer Klarheit und geistiger Weite. «Vom atheistischen Sozialismus ausgehend, entwickelte er sich über einen beispielhaften Liberalismus zu der Erfassung ‚des vorsehungsmäßigen Planes der Geschichte‘, also zum monotheistischen Monotheismus», schreibt Jéhouda. Und auch ein Wort von Ferrero selbst, aus dem Jahre 1938, sei hiehergesetzt: «Die gegenwärtige Schwäche der Demokratien, die die Welt so bestürzt macht, ist keine militärische, sondern eine sittliche und intellektuelle Schwäche.» Was heute erst recht gilt und vieles erklärt.

H. K.

Hans Spahn: *Jesus Christus und seine welterlösende Kraft*. Leonhard Friedrich, Verlagsbuchhandlung, Bad Pyrmont, 1954. Auslieferung für die Schweiz: Europa-Verlag, Zürich. 173 Seiten, Preis DM 7.80, Ganzleinen.

Es ist kein Zufall, daß das Buch des Schweizer Verfassers im Quäker-Verlag erscheint; denn es ist ausgerichtet auf die praktische Bewährung des Christentums im Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft. Neben ernsten Hinweisen auf die Gefahr des bloßen Strebens nach richtigem Bekenntnis und richtiger Theologie steht das Leben, Leiden und Sterben Christi im Vordergrund als Vorbild für die persönliche Gesinnung und für das Handeln des Menschen, vor allem für die Gestaltung des Gemeinschaftslebens in Beruf, Wirtschaft, sozialen Beziehungen, Staatsgestaltung und internationaler Politik. Das Buch ist über die konfessionellen Grenzen hinweg wichtig und empfehlenswert, insbesondere auch für jeden Laien, weil es ohne theologische und philosophische Fachsprache schlicht und aus innerer Ergriffenheit geschrieben ist.

Der Inhalt umfaßt die Abschnitte: 1. Zurück zum wirklichen Christus. 2. Lehre und Glaube Christi: a) Die Grundbegriffe seines Denkens; b) Der Weg des Heils. 3. Die Persönlichkeit Christi: a) Das gottmenschliche Leben; b) Das sieghafte Sterben. 4. Der Glaube an Christus. 5. Die lebenerhaltende Kraft Christi: a) Im persönlichen Existenzkampfe; b) Im Kampfe der Klassen und Parteien; c) In den Konflikten des Völkerlebens; d) In den kirchlichen Auseinandersetzungen.

Karl Küßner